

## **Rede zur Irak-Politik der Bundesregierung**

Reden/Artikel

25. Sitzung des Deutschen Bundestages der 15. Wahlperiode

Berlin, Donnerstag, den 13. Februar 2003

### **TOP 3 Abgabe einer Erklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen internationalen Lage**

[...]

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Schäuble, hören Sie bitte kurz zu, damit ich aufnehmen kann, was Sie gesagt haben. Sie sind es, der hier gesagt hat, diese Bundesregierung verfolge einen Sonderweg.

Das sagen Sie gerade in diesem Saal, in dem es Sozialdemokraten gegeben hat, die den Sonderweg verurteilt haben, den die Konservativen nach rechts zu den Deutschnationalen gegangen sind. Das war ein Teil Ihrer Partei und das ist Ihre Vergangenheit. Dorthin gehören Sie.  
(Beifall bei der SPD - Friedrich Merz (CDU/CSU): Sie sind ein Schwätzer!)

Das sagen Sie der Sozialdemokratie.  
(Zuruf von der CDU/CSU: Schlimmer als Stiegler!)

Herr Dr. Schäuble, Sie haben zu Beginn vom Antiamerikanismus gesprochen. Ich frage Sie: Wer war denn in der Weimarer Republik derjenige,  
(Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Hören Sie auf!)

der nach Wilson die Verbindung zu den USA  
(Friedrich Merz (CDU/CSU): Man fragt sich doch, wer was getrunken hat!)

- hören Sie genau zu - gehalten hat, der dafür gesorgt hat, dass in der Weimarer Republik wenigstens die Chance auf eine Demokratie aufrecht erhalten worden ist? Diese Verbindungslinie gehört zur Sozialdemokratie und nicht zur rechten Seite dieses Parlamentes! Das will ich Ihnen einmal ganz deutlich sagen.  
(Beifall bei der SPD - Ernst Hinsken (CDU/CSU): Ein bisschen lauter bitte!)

Zur Außenpolitik. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern - vielleicht erinnern auch Sie sich, Herr Dr. Schäuble - , als es darum ging, den KSZE-Prozess zu erfinden, der mit dafür gesorgt hat, dass die Mauern in Europa eingestürzt sind. Wo war denn da die Union?  
(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wo war sie, als diese Alternative entwickelt wurde? Nein, so einfach können Sie es sich nicht machen, lieber Kollege Dr. Schäuble.

Ich komme zu einem zweiten Punkt, der von Ihnen angesprochen wurde und der mich sehr verwundert hat. Sie haben der Bundesregierung in der Debatte Pazifismus vorgeworfen. Wer hat denn schon 1998, also noch in Bonn, versucht, den Weg zu ebnen - das war für uns ungeheuer schmerzhaft; wir haben es zum Teil miterlebt und mit erlitten - , dass der Einsatz des Militärs, eingebettet in einen politischen Prozess, zulässig und vielleicht sogar notwendig ist, um Diktatoren zu Fall zu bringen? - Es war diese

Regierung, die dafür gesorgt hat, dass diese Chance genutzt wurde!  
(Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ohne eigene Mehrheit!)

Pazifismus kann man uns nicht vorwerfen und Antiamerikanismus genauso wenig.

Erinnern Sie sich daran, was vor zwei Tagen zum Beispiel Dustin Hoffman hier in Berlin gesagt hat.  
(Claudia Roth [Augsburg] (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war wohl auch antiamerikanisch!)

Ist das etwa auch antiamerikanisch?  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ist es antiamerikanisch, wenn zum Beispiel der ehemalige Präsident Jimmy Carter in diesen Tagen genau die Alternative beschreibt, die die Bundesregierung gemeinsam mit Frankreich und anderen Ländern im Weltsicherheitsrat endlich zur Geltung zu bringen versucht? Ist das etwa antiamerikanisch? - Nein!  
(Zuruf des Abg. Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU))

- Lieber Genosse!  
(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- Pardon, entschuldigen Sie bitte diesen Fehler, lieber Herr Schmidt.  
(Christian Schmidt [Fürth] (CDU/CSU): Solche Verunglimpfungen wollen wir doch bitte unterlassen! - Eckart von Klaeden (CDU/CSU): „Genosse Glos“ wollte er sagen!)

Sie haben vielleicht gelesen, woher der Ursprungsgedanke stammt, der nun auch von der Bundesregierung verfolgt wird. Die Idee stammt aus dem Carnegie Endowment for International Peace. Im August des Jahres 2002 wurde dies als eine denkbare Alternative vorgeschlagen, um die bisherigen Inspektorenregimes zu verändern und zu verbessern, damit Saddam Hussein die Chance auf Massenvernichtungswaffen verliert. Das ist die Alternative, die auch in den USA längst bekannt ist.

In der „Washington Post“ war vor zwei Tagen von Jessica Mathews, der Präsidentin von Carnegie Endowment, zu lesen. Sie beschreibt dort Punkt für Punkt - es ist in viele Teilen also identisch - , was im Weltsicherheitsrat von Paris und Berlin gemeinsam formuliert wird. Was ist denn daran antiamerikanisch, wenn wir eine Debatte, die es in den USA gibt, aufnehmen und zu einer wirklichen Alternative entwickeln? Ich kann keinen Antiamerikanismus erkennen.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen an einer wirklichen Weggabelung. Wir sollten wenigstens noch eine Sekunde darüber nachdenken, ob das, was morgen Hans Blix und Mohammed el-Baradei vor dem Weltsicherheitsrat berichten werden - nämlich dass sich durch die Inspektoren eine Chance abgezeichnet hat - , genutzt werden kann. Wir wissen natürlich nicht im Detail, was die Inspektoren morgen berichten werden. Soweit wir bisher gehört haben, sagen auch sie, dass der Irak begonnen hat, sich an die Forderungen, an die Vorschläge, an den Willen und an die Erfüllung dessen, was Resolution 1441 verlangt, anzunähern.

Das ist noch lange nicht genug, das wissen wir doch auch. Deswegen kommt es darauf an, die Frage nach der Alternative zu stellen: Heißt die Alternative Krieg oder Fortsetzung einer robusten Inspektorenrolle? Die Alternative heißt für uns ganz eindeutig und klar: Alle Instrumente, die es innerhalb

dieses Rahmens gibt, müssen voll ausgenutzt werden, damit die Alternative Krieg vermieden werden kann. Das ist der entscheidende Punkt, um den es jetzt geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Ihnen das, was Karol Wojtyla dazu gesagt hat, nicht reicht, nämlich dass der Krieg in der Tat eine Niederlage der Menschlichkeit und der Menschheit wäre - ich finde gut, Herr Dr. Schäuble, dass Sie das bestätigt haben - , nehmen Sie doch die Debatte, die gegenwärtig im amerikanischen Kongress läuft, wo in einem Hearing die Frage beantwortet werden soll: Was geschieht eigentlich danach, falls es zu einem Krieg käme? Man liest und hört von manchen Kollegen, wenn der Irak falle, werde ein Dominostein fallen, alle anderen Dominosteine in der Region würden dann auch fallen, dann werde es Demokratie und Harmonie in der Region geben, die Region werde befriedet sein. Das ist in der Tat auch gesagt worden; aber, entschuldigen Sie, das löst doch die Probleme nicht. Besteht nicht eher die Gefahr, dass, wenn es einen Krieg gegen den Irak gäbe, danach eine Fülle zusätzlicher Probleme auftreten könnte, viel gefährlichere als die, auf die wir jetzt durch Eindämmungspolitik eine andere Antwort zu finden versuchen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mister Christoph hat in der „Herald Tribune“ vor einigen Tagen die Frage gestellt, ob es denn einen besseren Weg gebe als den Krieg. Die Antwort hat er selber in der Überschrift gegeben: Ja, Containment, Eindämmung, ist die bessere Alternative, und darum geht es. Diese Alternative zur Geltung kommen zu lassen, darum müssen wir uns bemühen. Dafür setzen wir uns ein, und deswegen sagen wir: Das, was die Bundesregierung tut, ist genau das, was nicht nur die Menschen, die in Deutschland, ja in Europa leben, sondern auch die Fraktionen des Deutschen Bundestages, die die Regierung tragen, wünschen. Wir fordern es und wir setzen die gesamte politische Kraft, über die wir verfügen, ein, damit die Regierung Erfolg hat und der Krieg am Ende vermieden wird. Das ist die zentrale Botschaft, die heute hier im Deutschen Bundestag von uns ausgeht.  
(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

*Veröffentlicht am 23.02.2003*